

Ein politischer Schlagabtausch



KURIER
Leserbriefe

REDAKTIONELLE LEITUNG
CHRISTIAN BARTOS

FPÖ-Generalsekretär Vilimsky forderte den Rücktritt Junckers. Dafür bekommt er aus der Hofburg einen Rüffel – und kontert.

Nicht sein Präsident

Wenn ein österreichischer Politiker (Vilimsky), der noch dazu einer Partei angehört, die in der Regierung vertreten ist, Äußerungen absondert, in denen er den Herrn Bundespräsidenten nicht als „seinen“ anerkennt, stellt er sich meiner Ansicht nach außerhalb der anerkannten demokratischen Regeln und Übereinkommen – und sollte sich zurückziehen. Die Herren Kurz und Strache haben, glaube ich, Handlungsbedarf. Wie heißt es doch so schön in einem lateinischen Spruch? Wer schweigt, scheint zuzustimmen.

Reg.R. Ernst Wiederman
per eMail

Oppositionssprecher

Angeblich überparteilicher Bundespräsident oder doch Fürsprecher der linken Opposition? Herr Van der Bellen, betreiben Sie bitte nicht Politik! Es ist wirklich Zeit, dieses hoch dotierte Pensionistenamt zu reformieren.

Fritz Buchgeher
4048 Puchenau

Mühle auf, Mühle zu

Ob Juncker Alkoholprobleme mit gelegentlich peinlichen Auftritten hat oder nicht, ist



Feinkritik aus dem Neandertal – von Michael Pammesberger

sekundär, solange er seinen Job als höchster Repräsentant der Union ordentlich ausübt. Tut er offensichtlich nicht, was durch ideologieübergreifende Unzufriedenheit und Kritik von rechts und links dokumentiert wird. Realpolitisch wird das durch das ergebnislose Herumeiern in der Flüchtlingsproblematik mit unrealistischen Ansprüchen, durch nur fragmentarische Reparaturen der immer heftiger werden Bruchlinien in der Währungsunion nach dem Prinzip Mühle auf, Mühle zu mit dem Ziel Schulden- und Haftungsunion oder die fehlende Positionierung Brüssels zwischen Trump und Putin bestätigt.

Mag. Martin Behrens
1230 Wien

Ischias, oder nicht

Wenn der EU-Abgeordnete und Generalsekretär Vilimsky auch kein Sympathieträger sein mag – in einem Punkt, nämlich mit der Annahme, es könnte sich bei den Symptomen des Herrn Juncker eher um keinen „Hexenschuss“ handeln, hat er mit

ziemlicher Sicherheit recht. In meiner langjährigen Tätigkeit in einer Arztpraxis habe ich viele Fälle an akuten Rückenleiden, also alles was so in den Kreis des Lumbalsyndroms fällt, gesehen. Eine Symptomatik wie bei Herrn Juncker ist mir allerdings nie untergekommen. Da stünde man eher gekrümmt, gebückt, den Schmerz im Gesicht kaum zu unterdrücken da, niemals taumelnd, torkelnd, mit entgleisten Gesichtszügen.

Eva Schreiber
25 14 Traiskirchen

Opferrolle

Man stelle sich vor: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker musste bei einem öffentlichen Auftritt von anderen Leuten gestützt werden, da er nach einem weit zurückliegenden Unfall eine momentane Gehschwäche aufwies. Und schon war der EU-Abgeordnete Vilimsky von der FPÖ mit der beleidigenden Unterstellung, J-C Juncker habe ein Alkoholproblem, zur Stelle. Ausgerechnet von einem Mitglied der rechten EU-Fraktion, die

kürzlich wegen ihrer großzügigen Ausgaben für Champagner in der Kritik stand, kam die verbale Attacke! Nach einer Rüge des Herrn Bundespräsidenten bezüglich der Äußerung Vilimskys wurde Van der Bellen ebenso unsachlich persönlich attackiert, und zwar vom zweiten Generalsekretär der FPÖ, Hafenecker. Die FPÖ, mittlerweile in der Bundesregierung, verhält sich wie gewohnt: Erst austeilern und dann das arme Opfer spielen!

Gottfried Pacik
1230 Wien

Verlängerte Werkbank

Van der Bellen tut es wieder. Er missbraucht sein zur absoluten Objektivität und Unabhängigkeit verpflichtetes Amt und fungiert als Handlanger der dahinsiechenden Opposition, baut die Hofburg zur verlängerten Werkbank der parlamentarischen Scheintoten aus, erweckt seine alten Freunde, die grünen Zombies, zu neuem Leben, verwandelt seinen Amtssitz zum Wurmlitzer für Bestellkritik.

Gerald Grosz
8010 Graz

Gastkommentar

PAUL SCHMIDT



EU-Ratsvorsitz – wann ist er ein Erfolg?

Gerade erst hat Österreich das EU-Staflholz von Bulgarien übernommen. Aber schon jetzt stehen wir als neues Vorsitzland mit den Brexit- und Haushaltsverhandlungen und den ungelösten Fragen von Asyl und Migration vor etlichen Hürden, die ohne zu stracheln gemeinsam übersprungen werden sollten.

Der Erfolg unserer „Halbjahres-Präsidentschaft“ misst sich jedoch nicht allein darin, hier Fortschritte zu erzielen. In Zeiten, in denen immer mehr Mitgliedstaaten den Segen in nationalstaatlichen Lösungen suchen, braucht es vor allem auch neue Impulse, Sinn und konkreten Nutzen der europäischen Integration wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Sieht man sich das Stimmbild in der Bevölkerung an, wären die Voraussetzungen dafür gar nicht schlecht. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist derzeit hoch. Drei Viertel möchten, dass Österreich Teil der Union bleibt. Eurobarometer-Befragungen zeigen, dass nur 45 Prozent der Österreicher – damit liegen wir unter EU-Durchschnitt – die Mitgliedschaft für eine gute Sache halten, allerdings geht der Trend seit zwei Jahren kontinuierlich nach oben.

Parallel dazu ist die Zahl jener, die die Mitgliedschaft als schlechte Sache sehen, gegenüber Herbst 2015 um rund die Hälfte auf 16 Prozent gesunken. Auch bei der Frage, ob Österreich Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft hat, liegen wir traditionell im unteren europäischen Drittel, aber auch hier ist ein positiver Stimmungswandel zu erkennen. Die

Europäische Union, die oft als fern und abstrakt wahrgenommen wird, rückt in den kommenden Monaten buchstäblich näher an uns heran: Österreich steht verstärkt im Zentrum der Aufmerksamkeit und ist Gastgeber Europas. Eine Gelegenheit, die so schnell nicht wieder kommt. Das Land sollte sich daher als pro-aktiver Ideengeber präsentieren und abseits des monothematischen Sicherheitsdiskurses zu einer breiten Zukunftsdiskussion über Europa einladen.

Aktiv einbinden

Dabei sollte auch die Bevölkerung eingebunden sein: Etwa indem man die 13 informellen Ratstreffen sowie den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs nützt, um quer durch alle Bundesländer Bürgerdialoge zu organisieren und einen direkten Austausch mit EU-Kommissaren und -Parlamentariern, Regierungschefs und Ministern aus den diversen Mitgliedsländern zu ermöglichen. Das wäre ein sichtbarer Beitrag, Europa während des Ratsvorsitzes aus den Sitzungszimmern auch zu den Menschen zu bringen, die nationale Nabelschau zu beenden und so manches (Vor-)Urteil zu entkräften. Europäische Kompromisse zu finden und diese zu vermitteln, sollte dem österreichischen Ratsvorsitz eigentlich liegen. Die nächsten Monate bieten ausreichend Möglichkeiten, der Kritik an mangelnder Bürgernähe entgegenzuwirken und – mit Blick auf die Europawahlen – das öffentliche Interesse an Europa zu steigern. Gelingt dies, wäre der EU-Ratsvorsitz jedenfalls ein Erfolg.

Mag. Paul Schmidt ist Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.



KURIER LIEBE LESERINNEN UND LESER! IHRE MEINUNG IST UNS WICHTIG. SCHREIBEN SIE AN DEN KURIER. Anschrift: KURIER Leopold-Ungar-Platz 1, A-1190 Wien oder per eMAIL an leser@kurier.at oder besuchen Sie unsere Homepage www.kurier.at: Registrierte Benutzer können auf KURIER.at aktuelle Berichte kommentieren und teilen. Hinweis: Ihre Zuschriften können sowohl in der Zeitung als auch online veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

WIR SIND EUROPA – EU TO GO

Sagen Sie uns Ihre Meinung zur EU und gewinnen Sie attraktive Preise.

Schicken Sie uns bis 31.8. Ihr selbstproduziertes Video (max. 60 Sekunden) per E-Mail oder per „We Transfer“ an eutogo@kurier.at.

JETZT MITMACHEN UND GEWINNEN!

KURIER kurier.at

GUTE FRAGEN.
GUTE ANTWORTEN.

Die Videos werden ausschließlich im Rahmen dieser Aktion auf kurier.at, schauTV und als Beschreibung in der Print-Ausgabe des KURIER präsentiert. Außerdem gibt es tolle Preise zu gewinnen. Die Verwendung sämtlicher Daten erfolgt entsprechend der Datenschutzerklärung (kurier.at/datenschutz). Die Teilnahmebedingungen für das Gewinnspiel finden Sie auf kurier.at/gewinnspiele/eu-to-go-teilnahmebedingungen/400058903